

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 45. Ratssitzung vom 10. April 2019

### 1131. 2018/122

**Weisung vom 21.03.2018:**

**Finanzdepartement, Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)», Ablehnung**

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)» wird abgelehnt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

**Anjushka Früh (SP):** Die Volksinitiative wurde im November 2016 eingereicht. Die Initianten fordern, dass die Stadt Zürich hochwirksame Hilfswerke im Bereich der internationalen Zusammenarbeit mit 1 Prozent des Budgets unterstützt. Dies insbesondere in den Bereichen globale Armut und Gesundheit. Der Initiativtext sieht weiter explizit vor, dass die Mittel eine möglichst grosse Wirkung erzielen sollen. Es sollen Hilfsprojekte unterstützt werden, die durch unabhängige und wissenschaftliche Forschung, insbesondere durch randomisierte, kontrollierte Studien aus der Entwicklungsökonomie als kosteneffektiv eingestuft werden. Die geforderte Erhöhung der Beiträge auf 1 Prozent des Budgets entspricht aktuell in etwa einem Betrag von 90 Millionen Franken. Im Budget 2018 wurden dafür nur 3 Millionen Franken eingestellt. Der Stadtrat lehnt die Initiative ab. Die von den Initianten geforderte Erhöhung auf 90 Millionen Franken sei unverhältnismässig hoch und würde zu einer massiven Belastung des Steuerhaushalts der Stadt Zürich führen. Zudem ist für die Umsetzung dieses Anliegens mit einem deutlichen personellen Mehraufwand und einer Erhöhung der jährlichen Verwaltungskosten zu rechnen. Dazu kommt, dass die Initiative stark auf die randomisierte, kontrollierte Studie, die sogenannte RCT-Methode und auf hochwirksame Hilfswerke fokussiert. Die RCT-Methode stammt eigentlich aus dem medizinischen Umfeld und dient der Wirkungskontrolle von Medikamenten und chirurgischen Operationsmethoden. Die RCT-Methode ist vor allem bei klaren und linearen Ausgangslagen, also bei Projekten mit einer kurzen Laufzeit, bei denen eine einzelne Aktion wie eine Medikamentenabgabe im Vordergrund steht, aussagekräftig. Diese Art von Studie zeichnet sich auch durch hohe Kosten aus. Dieser Fokus ist für Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit nicht geeignet. Die RCT-Methode schliesst bestimmte wichtige, jedoch weniger messbare, aber gute Projektarten aus. Je nach Projekt sind andere Methoden oder ein Methodenpluralismus notwendig, um verlässliche Aussagen zur Wirkungskontrolle zu erhalten. Zudem wenden die wenigsten Schweizerischen Hilfswerke diese Methode zur Wirkungskontrolle an. Schon heute verlangt die Stadt Zürich von den Hilfswerken den Nachweis des Zewo-Gütesiegels. Bei der jährlichen Gesuchseinreichung muss zudem ein ausführlicher Fragekatalog zur Projektgestaltung ausgefüllt werden. Die Projektanforderungen lehnen

sich an die Vorgaben der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sowie dem Center for Development and Cooperation der ETH an und beziehen so die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse mit ein. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat einen indirekten Gegenvorschlag unterbreitet, mit dem ein stadträtliches Reglement erstellt und konkretisiert werden soll. Damit soll insbesondere ein transparenter, dem effektiven durchschnittlichen Jahresergebnis abgestufter Rahmen im Sinne eines Richtwerts für die Kreditbudgetierung für die Entwicklungshilfe festgelegt werden. Merkblätter und Kriterienkatalog sollen nach diesem indirekten Gegenvorschlag überarbeitet und online publiziert werden. Das Label «Fair Trade Town» für den Bereich der städtischen Beschaffungsstrategie soll erworben werden. Des Weiteren sollen die Beiträge für die humanitäre Nothilfe in Katastrophenfällen erhöht werden. Die Mehrheit der Kommission teilt die Argumentation des Stadtrats, dass die Erhöhung des Betrags von heute 3 Millionen Franken auf 90 Millionen Franken unverhältnismässig wäre. Ebenfalls ist der starke Fokus der Initianten auf die RCT-Methode nicht geeignet, um die Wirksamkeit von Entwicklungsprojekten zu messen. Der indirekte Gegenvorschlag des Stadtrats wird aber nach Ansicht der Kommissionsmehrheit dem wichtigen Anliegen der Erhöhung der Beiträge an die internationale Zusammenarbeit nicht vollumfänglich gerecht und geht zu wenig weit. Daher hat die Kommissionsmehrheit einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser sieht zuhanden der Stimmbevölkerung einen neuen Gemeindebeschluss vor, mit dem im Bereich der internationalen Zusammenarbeit Beiträge in einer Bandbreite von 0,3 bis 1 Steuerprozent gewährt werden. Dies entspricht aktuell jährlich einem Betrag von 6 bis 17 Millionen Franken. Die internationale Zusammenarbeit ist äusserst wichtig. Wir leben in einer der weltweit reichsten Städte mit sehr soliden Finanzen. Wir können und müssen es uns leisten, einen Teil unseres Wohlstands und unseres Luxus an weniger privilegierte Menschen weiterzugeben. Der Gegenvorschlag sieht vor, dass von diesen 6 bis 17 Millionen Franken abgewichen werden kann oder die Beträge auch ganz entfallen, wenn die Stadt Zürich ein Bilanzfehlbetrag aufweist oder die letzten drei Rechnungsjahre mit einem Defizit von total über 30 Millionen Franken abgeschlossen haben. Damit wird sichergestellt, dass die Beiträge in finanziell sehr schweren Zeiten den Gegebenheiten angepasst werden können. Ebenfalls wird durch den Gegenvorschlag das Anliegen der Initianten nach der Wirksamkeit der Projektunterstützung aufgenommen. Es wird festgeschrieben, dass sich die Vergabepaxis an der vorhandenen Forschung bezüglich Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit orientieren soll. Dies erfolgt bereits heute. Zudem werden Aspekte der Transparenz und Ökologie berücksichtigt. Dadurch wird die zu starke Fokussierung auf die RCT-Methode ersetzt, ohne das berechtigte Anliegen nach Wirksamkeit aufzugeben. Der Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit nimmt das Anliegen der Initianten nach einer Erhöhung der Beiträge in einem vertretbaren Umfang auf. Gleichzeitig stellt der Gegenvorschlag einen tauglichen Kompromiss zwischen der Initiative und dem Vorschlag des Stadtrats dar und berücksichtigt die Anliegen beider Seiten.

Kommissionsminderheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Diese Initiative ist wohl ein unüberlegter Schnellschuss gewesen. Die Initianten haben sich nicht überlegt, was dies finanziell bedeutet und haben dies re-

*lativ bald eingesehen. Der indirekte Gegenvorschlag des Stadtrats hätte dem Gemeinderat weiterhin die Möglichkeit gegeben, über den Betrag, der im jährlichen Budget einzustellen ist, zu debattieren und zu entscheiden. In der Vorstellung der Weisung ging es etwas unter, dass es wohl nicht funktioniert hätte, wenn dies in die Gemeindeordnung gekommen wäre. Der Rechtskonsulent sagt relativ klar, dass politische Festlegungen für die Höhe der Beiträge für die internationale Zusammenarbeit in der Gemeindeordnung mit grosser Wahrscheinlichkeit vom Regierungsrat nicht genehmigt werden. Deswegen haben wir nun diesen Umweg mit einem Gemeindebeschluss vor uns. Der Gemeinderat muss sich aber bewusst sein, dass seine Budgethoheit dadurch eingeschränkt wird. Dies finde ich bedenklich. Die Festlegung des Budgets ist eigentlich das Hauptinstrument des Gemeinderats und er ist frei die Mittel so einzusetzen, wie er dies möchte. Mit der vorgeschlagenen Bestimmung ist dies nicht mehr der Fall. Dann müssen es mindestens Mittel in der Höhe von 0,3 Steuerprozenten sein. Die Minderheit erachtet dies nicht als akzeptabel. Wenn man nun irgendwo in der Mitte der vorgegebenen Range Mittel spricht, also rund 10 Millionen Franken, dann hat der Stadtrat klar aufgezeigt, dass die Zuteilung der Mittel mit den heutigen Ressourcen nicht mehr möglich ist. Entweder müssten zusätzliche Ressourcen dafür eingestellt werden, damit die Gesuche geprüft werden können. Oder die Mittel fliessen an eine andere Institution. Hier steht der Bund im Vordergrund. Ich finde es merkwürdig, wenn Steuergelder der Stadt Zürich die ohnehin schon grossen Budgets des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) oder der DEZA noch einmal vergrössern. Die heutige Form, dass man Non-Profit Organisationen aus dem Kanton Zürich unterstützt, die eine gute Arbeit machen, wäre dann gefährdet. Daher empfiehlt ihnen die Minderheit die Änderung der Dispositivziffer 2 abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Urs Fehr (SVP):** *Die SVP ist klar der Meinung, dass Entwicklungshilfe nicht Sache einer Gemeinde, sondern Sache des Bundes ist. Wenn sie ihr schlechtes Gewissen beruhigen möchten, steht es ihnen frei, mit ihren privaten Mitteln Geld zu spenden. Es ist aber typisch für ihre Gesinnung, dass sie anonymisiertes Geld ausgeben möchten, das dem Steuerzahler gehört. Mit diesem Geld gehen sie sehr locker um. Das Spezielle ist ja, dass diese Steuereinnahmen vor allem von juristischen Personen kommen. Zum Beispiel von Banken oder Versicherungen, die sie ja am liebsten des Landes verweisen würden. Das ist die Ironie der Geschichte. Urs Egger (FDP) hat es gesagt. Wenn man 15 Millionen einstellen würde, dann müsste man dazu auch noch den ganzen Verwaltungsapparat dafür aufbauen. Damit bedienen sie einmal mehr ihre eigene Klientel unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe und gehen verantwortungslos mit dem Steuergeld um.*

**Elena Marti (Grüne):** *Ich glaube, dass wir mit dem Gegenvorschlag der Kommission Verantwortung übernehmen. Die Initiative hat ein Vielfaches des Betrags gefordert, der jetzt zur Debatte steht. Die wohlhabende Stadt Zürich soll zukünftig mehr in die internationale Zusammenarbeit investieren, das ist richtig so. Die Stadt Zürich ist eine der reichsten Städte der Welt und wir machen sehr viel Profit mit Ländern, die wirtschaftlich nicht so gut dastehen. Es sind Länder, die Krieg führen oder über viele Bodenschätze verfügen. Dies ist leider immer noch eine Tatsache. Daher ist es richtig, dass wir etwas*

zurückgeben. Viel besser wäre es natürlich, wenn wir diese Länder nicht ausbeuten oder mit Abfallprodukten aus Europa, der Schweiz und Zürich überfluten würden. Es wäre auch besser, wenn man die Banken oder Pensionskassen endlich in die Verantwortung nehmen würde. Hier haben wir als Gemeinderat jedoch wenig Einfluss. Deswegen ist der Gegenvorschlag zur Initiative eine gute Sache. Darin ist kein fixer Betrag, sondern eine angemessene Spannbreite zwischen 0,3 und 1 Steuerprozent vorgesehen. Dies ermöglicht es der Stadt, flexibel zu handeln. Ausserdem ist ein Ausgleichsmechanismus vorgesehen, falls es der Stadt Zürich finanziell nicht so gut gehen sollte. Schlechte Zeiten bei uns stehen jedoch in keiner Relation zu schlechten Zeiten in einem Land, wo Armut omnipräsent ist und andere Probleme vorherrschen. Wir finden die Überprüfung auf Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Projekte natürlich sinnvoll. Man muss dazu aber auch sagen, dass die Stadt bisher unterstützte Projekte schon immer gut überprüft hat. Es wäre schade, wenn aufgrund dieser Überprüfung kleinere Projekte nicht von diesem Geld profitieren könnten. Gerade kleine Hilfswerke leisten eine grossartige Arbeit, wo oft ein lokaler Bezug besteht. Die wohlhabende Stadt Zürich kann schmerzlos mehr Geld in die internationale Zusammenarbeit investieren, daher bitten wir sie, den Gegenvorschlag anzunehmen.

**Pirmin Meyer (GLP):** Wir anerkennen die historische Tatsache, dass seit Beginn der 70er Jahr auf Stadtebene ein Beitrag an die Entwicklungshilfe geleistet wird. Die Forderung der Initiative die Beiträge von aktuell 3 Millionen Franken auf rund 87 Millionen Franken zu erhöhen, geht uns jedoch zu weit. Die Beschränkung auf eine Methode, die Schweizerische und kleine Hilfswerke benachteiligt ist für uns ein No-Go. Im Sinne eines gutschweizerischen Kompromisses können wir hinter einer moderaten und nach oben auf 1 Steuerprozent limitierten Erhöhung der Beträge stehen. Es war uns jedoch ein Anliegen, dass der Stadt Zürich bei einem wiederholten Bilanzfehlbetrag die Flexibilität bleibt, die Beträge zu kürzen oder ganz zu streichen. Zudem ist es uns ein Anliegen, dass beim Vergabeverfahren möglichst tiefe Kosten anfallen und wo dies sinnvoll ist, eine Koordination mit dem Bund stattfindet. Wichtig ist uns auch, dass bei der Vergabe zudem Aspekte der Transparenz und der Ökologie einfließen. Das Thema Ökologie wird uns noch lange beschäftigt und soll auch in der Entwicklungshilfe berücksichtigt werden.

**Samuel Balsiger (SVP):** Auch hier werden die Fakten vollständig ausser Acht gelassen. Im Jahr 1960 lebte noch die Hälfte der Weltbevölkerung in extremer Armut. In den letzten Jahrzehnten kamen durch die Globalisierung und den Liberalismus weltweit hunderte Millionen Menschen aus der Armut. Seit 1990 kamen dank des Liberalismus 1,1 Milliarden Menschen aus der extremen Armut heraus. Wenn sie wirklich den Menschen helfen wollen, dann müssten sie den Liberalismus in die Welt hinaustragen. Damit ist auch immer der Rechtsstaat verbunden. Dies bringt die Menschen aus der Armut heraus. Es sind nicht linke Entwicklungshelfer, die nach Afrika reisen und dann erzählen, wie sie die Welt gerettet haben, die dazu beitragen. Anscheinend sind sie in einem neokolonialistischen Gedankenmuster gefangen. Sie trauen den Afrikanern offenbar nicht zu, dass diese alleine dazu fähig sind, ihr Glück zu finden. Afrika hat jedoch viele Erfolge zu verzeichnen und eine grosse Zukunft vor sich, sofern gewisse Faktoren be-

rücksichtigt werden. Afrika ist für allem durch das Problem der Überbevölkerung gefährdet. Im Kongo und in Nigeria wird die Bevölkerungszahl explodieren und alle Fortschritte, die diese Länder machen, werden dadurch zerstört, da gar nicht alle Menschen beschäftigt werden können. Wenn sie den Leuten wirklich helfen wollen, dann müssen sie ihnen beibringen, dass Afrika nicht in diesem Ausmass wachsen darf, wie dies aktuell der Fall ist. Zudem müssen in der Gesellschaft der Liberalismus und damit die Demokratie und der Rechtsstaat verankert werden.

**Luca Maggi (Grüne):** Es ist zynisch, wenn man so über Entwicklungszusammenarbeit spricht. Diese leistet einen wichtigen Beitrag an die Umverteilung des Geldes auf dieser Welt, das sich im Moment bei 1 Prozent der Menschen befindet. Wir sollten endlich damit anfangen, dieses Geld an die restlichen 99 Prozent zu verteilen. Die Initiative, die vorliegende Weisung und unser Dispoänderungsantrag greifen einen der absoluten Grundsätze grüner Politik auf. Es geht darum global zu denken und lokal zu handeln. Genau darum geht es, wenn wir über den Beitrag diskutieren, den die Stadt Zürich in Zukunft an eine funktionierende internationale Zusammenarbeit bezahlen soll. Wir als eine der reichsten Städte der Welt leisten unseren Beitrag an einen sozialen Ausgleich auf dieser Welt und geben den Regionen etwas zurück, auf deren Rücken unsere Gesellschaft aufgebaut ist. Die Faktenlage ist eindeutig. Der Wohlstand der westlichen Gesellschaft fusst zu einem grossen Teil auf der Ausbeutung des globalen Südens. Als einer der zehn grössten Finanzplätze der Welt kann sich gerade die Stadt Zürich dieser Diskussion nicht entziehen. Wir diskutieren heute über einen kleinen aber nicht unwichtigen Betrag. Der Gemeindebeschluss dazu ist aus dem Jahr 1972 also schon bald 50 Jahre alt. Es ist also Zeit, diesen der Aktualität anzupassen. Die Initianten haben uns dafür den Ball zugespielt. Der Stadtrat hat diesen aufgenommen und mit einem guten indirekten Gegenvorschlag entgegengehalten. Die Kommissionmehrheit hat später einen noch besseren Gegenvorschlag ausgearbeitet. Hinter diesem Resultat können die Initiantinnen und Initianten, der Stadtrat und die Mehrheit in diesem Saal stehen. Dies ist ein Erfolg für alle, die vor der Realität nicht die Augen verschliessen. Ich gebe ihnen ein Stück weit recht, dass Entwicklungszusammenarbeit auch ein wenig «Pflasterlipolitik» ist. Diese ist aber dringend nötig. Solange wir als Schweiz 2,9 Mal mehr Umweltleistungen und Ressourcen konsumieren, als die Welt überhaupt bietet, wird sich an dieser Ausbeutung nichts ändern. Hier könnten wir auch ansetzen. Dies will die rechte Ratsseite aber auch nicht, wie sie bei der nächsten Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform beweisen wird. So lange Länder im globalen Süden im Jahr 2014 213 Milliarden Dollar verlieren, weil Konzerne keine oder am falschen Ort Steuern bezahlen und die Schweiz davon eine wesentliche Nutzniesserin ist, müssen wir in diesem Saal über solche Massnahmen diskutieren. Menschen, die heute von Armut betroffen sind, kein sauberes Wasser in ihrem Dorf haben oder auf medizinische Unterstützung angewiesen sind, können nicht so lange warten, bis sich ihre Utopie eines perfekt spielenden und auch noch sozialen freien Markts durchgesetzt hat. Diese Menschen brauchen jetzt eine funktionierende Zusammenarbeit. Den Beitrag, den die Stadt dazu leistet, ist zwar immer noch klein aber er ist wichtig. Mit konkreten Projekten, die sich an eine klare Vergabepraxis halten, können wir mit diesem Geld einiges bewirken. Die Grünen freuen sich, heute einen kleinen Beitrag an die Umverteilung auf dieser Welt leisten zu können.

**Përparim Avdili (FDP):** Die Erhöhung soll ja vor allem durch Steuern der juristischen Personen finanziert werden. Dann wurde auch von Pensionskassen gesprochen, die anscheinend ihr Unwesen treiben. Erstens bezahlen Pensionskassen keine Steuern. Falls Pensionskassen tatsächlich den Steuertopf mitfinanzieren würden, was sollte man den Rentnern sagen? Sagt man diesen, dass sie jetzt weniger Geld erhalten, weil die Stadt Zürich Geld ins Ausland schickt? Und was machen wir mit den Unterhemen? Die Steuerbelastung der Unternehmen bezahlen die Angestellten teilweise über ihre Löhne. Hier möchte die linke Ratsseite ja auch, dass die Löhne steigen. Gleichzeitig haben die Unternehmen einen massiven Kostendruck und Druck von Steuern und Abgaben und können solche Löhne nicht bezahlen. Wir müssen schauen, wer in unserem föderalistischen System in der Verantwortung steht, das Ausland zu unterstützen. Es macht durchaus Sinn, dass man darüber spricht, wie viele Mittel eingesetzt werden sollen und dass diese ökologisch und wirksam eingesetzt werden. Letztendlich betreibt die Stadt Zürich aber keine Auslandspolitik. Der Stadtrat sagt ja selber, dass er nicht fähig ist, die Vergabe der stark erhöhten Mittel so zu organisieren, dass diese in der bisher gewohnten Form eingesetzt werden können. Man müsste sich wohl die Überlegung machen, dass dieses Geld in Zusammenarbeit mit dem Bund eingesetzt wird. Der Bund hat genau diese Kompetenzdelegation der Kantone und der Gemeinden, um diese Arbeit zu machen. Wir sind absolut der Meinung, dass die Schweiz als gut funktionierende Volkswirtschaft und als Land, das wohlhabend ist, das Ausland in verschiedenen Gebieten unterstützt. Es geht aber nicht, dass man jetzt einfach den Betrag fix erhöht, den Mechanismus ändert und die Kompetenz dem Gemeinderat entzieht.

**Urs Fehr (SVP):** In den letzten 50 bis 60 Jahren hat man Milliarden nach Afrika geschickt und viele Projekte gemacht. Schlussendlich hat alles nichts gebracht. Die Entwicklungsländer müssen es schaffen, sich selber aus dem Dreck zu ziehen. Es gibt auch namhafte Ökonomen aus Afrika die sagen, dass man aufhören soll Geld zu schicken und dass man damit nicht das Gewünschte erreicht. Die linken Parteien sollten sich besser für die Bevölkerung in der Stadt Zürich einsetzen und nicht fürs Ausland. Dafür ist der Bund zuständig.

**Ernst Danner (EVP):** Die EVP war schon nimmer der Meinung, dass Entwicklungshilfe auch zu den Aufgaben der Stadt gehört. Wir haben früher auch der Erhöhung dieses Kredits zugestimmt. Heute geht es eigentlich nur um eine weitere Erhöhung der Beiträge. Es wurde aber nun viel über den Grundsatz diskutiert, daher möchte ich dazu auch etwas sagen. Wenn es darum gehen würde, Geld zu sprechen, weil die Einnahmen vom Finanzplatz so üppig fliessen oder weil die grossen internationalen Konzerne ihre Steuern am falschen Ort bezahlen, dann wäre dies falsch alloziert. Hier müssen wir nicht mit diesen Mitteln eingreifen, sondern auf politischer Ebene ansetzen. Wenn es sich tatsächlich um schmutziges Geld handeln würde, das wir einnehmen, dann würde es sich quasi um einen Ablasshandel handeln, wie es durch die rechtsbürgerliche Seite vorgeworfen wird. Wir machen dies aber nicht wegen einem schlechten Gewissen, sondern weil wir mit unserem Wohlstand eine Verantwortung dafür haben, was wir mit diesem Geld tun. Ich vermute, dass die meisten Steuerzahler auch privat Geld spenden. Wenn die Stadt nun einen Bruchteil von dem, was privat gespendet wird, als Entwick-

lungshilfe einsetzt, dann ist das nur richtig und entspricht der Intention unseres Gemeinwesens. Man setzt damit kollektiv ein Zeichen. Daher sind wir nicht nur für Entwicklungshilfe als Solches sondern auch für eine moderate Erhöhung. Ich empfinde 1 Steuerprozent als wenig. Ich denke, die meisten in diesem Saal spenden mehr als 1 Prozent ihrer Einnahmen. Es ist durchaus angemessen, dass die Stadt Zürich etwas gibt. Meine grösste Sorge ist, dass das Departement von STR Daniel Leupi überhaupt fähig ist, dass das Geld an den richtigen Ort kommt. Es gibt aber genügend Hilfsorganisationen, die sich bewährt haben und dafür sorgen, dass das Geld am richtigen Ort ankommt.

**Alexander Brunner (FDP):** Ich möchte den Begriff globaler Süden aufnehmen, den Luca Maggi (Grüne) verwendet hat. Dieser Begriff aus der Entwicklungshilfe hat schon fast klassenkämpferische Ansätze und wird von den NGO's schon seit vielen Jahrzehnten verwendet. Es handelt sich um das Weltbild, dass der reiche Norden den Süden ausbeutet. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Ich möchte nicht in Abrede stellen, dass während der Kolonialzeit vieles schlecht gelaufen ist. Die Welt hat sich aber verändert, da das grösste Armutsbekämpfungsexperiment erfolgreich abgelaufen ist. Dieses ist in China und Indien passiert und hat durch wirtschaftliche Entwicklung und Fortschritt stattgefunden. Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit haben keine Rolle gespielt. Wir haben einige Male gehört, dass wir so eine reiche Stadt seien. Historisch gesehen war China über Jahrhunderte das reichste Land der Welt. Dass die Chinesen über die letzten Jahrzehnte nicht sehr wohlhaben waren, ist eine Anomalie. Die Chance, dass sie wieder zur Nummer 1 werden, ist sehr gross. Der Nobelpreisträger Angus Deaton hat gesagt, dass Entwicklungshilfe nicht funktioniere. Es funktioniert nicht, weil es eben schwierig ist, Länder von aussen zu entwickeln. Man kann nicht von aussen Entwicklung aufzwingen. Es benötigt Rahmenbedingungen, einen staatlichen Apparat und viele Voraussetzungen von innen. Auch wenn sie unser ganzes Budget von 9 Milliarden Franken nach Afrika schicken würden, hätte dies keine grossen Auswirkungen. Luca Maggi (Grüne) macht daher zwei Denkfehler. Erstens ist die Welt nicht mehr die, dass der Norden den globalen Süden ausbeutet. Zweitens müssen sie, wenn sie Armutsbekämpfung machen wollen, wirtschaftliche Entwicklung unterstützen.

**Luca Maggi (Grüne):** Ich glaube, dass man sich wieder etwas mehr an klassenkämpferischen Begriffen bedienen sollte, wenn man in die Welt hinausschaut. Ich weiss nicht, wie man von einem Erfolg sprechen kann, wenn immer noch mehrere hundert Millionen Menschen in absoluter Armut leben. Natürlich bringt die Entwicklungszusammenarbeit nichts, wenn man das System nicht ändert. Natürlich bleibt es so lange eine «Pflasterlipolitik». Es ist aber zynisch, dass man am System nichts ändert und gleichzeitig sagt, dass man den Menschen, die jetzt in Armut leben, sauberes Trinkwasser und medizinische Versorgung benötigen, nicht hilft. Vielleicht sollten sie sich mal überlegen, wie man das System und die Lebenssituation dieser Menschen wirklich verbessert könnte. Dann benötigen wir eines Tages vielleicht diese Gelder auch nicht mehr. Momentan werden diese Gelder aber benötigt.

**Samuel Balsiger (SVP):** Luca Maggi (Grüne) hat es richtig gesagt, dass das System geändert werden muss. Alexander Brunner (FDP) hat es angesprochen, dass sich China und Indien von innen heraus dem Turbokapitalismus zugewendet haben.

*Dadurch kamen hunderte Millionen von Menschen aus der Armut heraus. Das Problem ist, dass sich Länder nicht dem Kapitalismus und der freien Marktwirtschaft ausrichten. Wenn es in einem Land Armut gibt, ist es wohl das Letzte, was es braucht, der Klassenkampf. In den letzten Jahrzehnten sind über 1000 Milliarden an Entwicklungsgeldern geflossen. Was dieses Geld bewirkt hat, lässt sich nicht nachweisen. Meine These, dass der Kapitalismus funktioniert und Menschen aus der Armut holt, lässt sich nicht nur am Beispiel Indien und China beweisen. Ein noch besseres Beispiel sind Süd- und Nordkorea. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich Südkorea dem Kapitalismus zugewandt. Südkorea hat den Rechtsstaat und die freie Marktwirtschaft eingeführt. Gleichzeitig hat sich Nordkorea dem Sozialismus zugewandt. Südkorea ist eines der höchstentwickelten Länder der Welt und die breite Masse profitiert vom Wohlstand. Im Norden, wo mit den Diktatoren, der Herrschaft des Kommunismus und des Sozialismus ihre Ideologie, ihr Klassenkampf und ihr Faustrecht, das sie durchsetzen wollen, eingesetzt wurden, verhungern hunderttausende Menschen und leben in extremer Armut.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Es ist unbestritten, dass wir in den letzten 50 bis 70 Jahren global Verbesserungen erreicht haben. Wenn diese Not nicht ein Stück weit hätte verbessert werden können, hätte es sich auch um ein Versagen des Weltkollektivs gehandelt. Es ist auch unbestritten, dass es auf dieser Welt nach wie vor grosse Not gibt. Dementsprechend ist auch immer noch Solidarität gefordert. Die Stadt Zürich rettet mit seinen Beiträgen nicht die Welt aber sie leistet einen Beitrag. Dafür wurde von der Stimmbevölkerung mit dem Gemeindebeschluss in den 70er Jahren eine Basis gelegt. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Vorlage, die heute verabschiedet wird, ein klares Ja der Stimmbevölkerung erhalten werden. Die Stadt kann dies tragen und die Leute empfinden dies als angemessen. Der Betrag, den die Initiative ursprünglich verlangt hatte, wäre wohl nicht angemessen gewesen. Wir haben im Vorfeld selber mit dem Initiativkomitee Kontakt aufgenommen. Wir haben aber gemerkt, dass sie die Initiative genauso wollten und wir konnten sie nicht beraten. Der Stadtrat hat dann einen Gegenvorschlag gebracht, der sich an den Gemeindebeschluss mit diesem einen Prozent erinnert hat, das in den letzten Jahren nie ausgeschöpft wurde. Ich glaube, dass für dieses Thema gerade in einer wohlhabenden Stadt Goodwill vorhanden ist. Es muss aber auch finanziell tragbar sein. Wir sind uns auch völlig einig, dass die Zusammenarbeit mit den regionalen Hilfswerken weiter möglich sein muss. Ich danke den Kommissionsmitgliedern, die sich bemüht haben, einen Kompromiss zu finden, damit die Initiative zurückgezogen wird. Ich bin überzeugt, dass diese abgelehnt würde, wenn der Stadtrat sagt, dass diese nicht tragbar und nicht durchdacht sei. Die Kommission hat Lösungen gesucht und wir hatten einen guten Austausch mit einem Aha-Effekt bei der Kommissionsmehrheit als auch beim Stadtrat. Wir haben gemerkt, dass unser ursprünglicher Vorschlag mit dem Reglement das Problem, dass in einem Jahr viele Beiträge und in einem Jahr weniger Beiträge vorhanden sind, nicht gelöst wird. Insofern ist der nun vorliegende Vorschlag für den Stadtrat tragbar. Für uns war es wichtig, dass wir auf finanziell schwierige Situationen mit der Spannweite von 0,3 bis 1 Steuerprozent eingehen können. Zu diesem Prozent hat die Stimmbevölkerung vor manchen Jahrzehnten schon einmal Ja gesagt.*

*Letztlich legt immer noch der Gemeinderat die konkreten Beträge fest, der Stadtrat beantragt diese mit dem Budget nur. Mir persönlich wäre eine Regelung lieber gewesen, die dann greift, wenn die Finanzperspektiven schlecht sind. Das wollten sie nicht und ich kann damit leben. Wir werden nach der Abstimmung mit dem Budget rund 8 Millionen Franken bringen. Auf diesem Betrag werden wir uns in etwa einpendeln. Es wurde zwei Mal gesagt, dass das Finanzdepartement nicht fähig sei, höhere Beiträge zu verwalten. Fähig hat zwei Bedeutungen. Kann man es im Sinne der Fähigkeit nicht oder hat man zu wenig Kapazitäten? Wir haben die Kapazität nicht. Die bisherige Organisation ist ursprünglich auf eine halbe Million Franken ausgerichtet. Heute sind es 2,5 Millionen Franken. Wir werden dafür Lösungen suchen. Ich habe nicht vor im Stab des Finanzdepartements dafür ein zusätzliches Kompetenzzentrum aufzubauen. Die jetzige Stelleninhaberin erledigt diese Arbeit mit 30 Stellenprozenten. Es ist nicht mehr seriös, 8 Millionen Franken oder 5 Millionen Franken, die im diesjährigen Budget zu verteilen sind, auf Dauer so zu verteilen. Wie wir das genau organisieren, lasse ich im Moment offen. Ich möchte bei mir dafür aber keinen Stellenaufbau machen. Es gibt dafür geeignete Möglichkeiten, die wir evaluieren werden. Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit und denke, dass wir nun einen tragfähigen Kompromiss haben. Dieser kommt dem Anliegen entgegen. Es bleibt ein Dauerauftrag, dass die Mittel effizient eingesetzt werden.*

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)» vom 24. August 2015 beschlossen:

Zuhanden der Gemeinde:

- a) Die Stadt gewährt jährlich Beiträge für die internationale Zusammenarbeit. Der Umfang der Beiträge entspricht mindestens 0,3 und höchstens 1 Steuerprozent.
- b) Wenn die Stadt Zürich einen Bilanzfehlbetrag aufweist oder wenn die letzten drei Rechnungsjahre insgesamt mit einem Defizit von mehr als 30 Millionen Franken abgeschlossen haben, können die jährlichen Beiträge tiefer ausfallen oder ganz entfallen.
- c) Die Stadt Zürich strebt für das Vergabeverfahren möglichst tiefe Kosten und wo sinnvoll eine Koordination mit dem Bund an. Die Vergabepaxis orientiert sich an der vorhandenen wissenschaftlichen Forschung über Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie an den Aspekten der Transparenz und der Ökologie.
- d) Der Gemeindebeschluss vom 5. März 1972 betreffend Entwicklungshilfe im In- und Ausland (AS 856.100) wird aufgehoben.
- e) Der Stadtrat setzt diesen Beschluss in Kraft.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Anjushka Früh (SP), Referentin; Vizepräsident Simon Diggelmann (SP), Luca Maggi (Grüne), Elena Marti (Grüne), Pirmin Meyer (GLP), Zilla Roose (SP), Christina Schiller (AL), Dr. Pawel Silberring (SP)
Minderheit:	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Përparim Avdili (FDP), Urs Fehr (SVP), Martin Götzl (SVP)
Abwesend:	Vera Ziswiler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)» ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

#### **Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Prozent gegen die globale Armut (1%-Initiative)»**

Zuhanden der Gemeinde:

- a) Die Stadt gewährt jährlich Beiträge für die internationale Zusammenarbeit. Der Umfang der Beiträge entspricht mindestens 0,3 und höchstens 1 Steuerprozent.
- b) Wenn die Stadt Zürich einen Bilanzfehlbetrag aufweist oder wenn die letzten drei Rechnungsjahre insgesamt mit einem Defizit von mehr als 30 Millionen Franken abgeschlossen haben, können die jährlichen Beiträge tiefer ausfallen oder ganz entfallen.
- c) Die Stadt Zürich strebt für das Vergabeverfahren möglichst tiefe Kosten und wo sinnvoll eine Koordination mit dem Bund an. Die Vergabep Praxis orientiert sich an der vorhandenen wissenschaftlichen Forschung über Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie an den Aspekten der Transparenz und der Ökologie.
- d) Der Gemeindebeschluss vom 5. März 1972 betreffend Entwicklungshilfe im In- und Ausland (AS 856.100) wird aufgehoben.
- e) Der Stadtrat setzt diesen Beschluss in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat

11 / 11

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat